

## **FWG-Hochtaunuskreis „Unabhängig und bürgernah“**

### **Unser Wahlprogramm für die Kreistagswahl am 6. März 2016**

Am 6. März 2016 wird ein neuer Kreistag gewählt. Wir als Freie Wählergemeinschaft Hochtaunus (FWG-Hochtaunus) treten erneut mit Frauen und Männern an, die kompetent und politisch unabhängig sind. Die Freien Wähler sind keine Partei somit keiner Bundes- und Landespartei verpflichtet. Wir betreiben „Vor-Ort-Politik“ für die die Bürger des Hochtaunuskreis. Wir stehen für eine bürgerliche und ortsverbundene Politik. Unsere Mandatsträger sind sowohl in den Gremien der Städte und Gemeinden als auch im Kreistag und Kreisausschuss des Hochtaunuskreises vertreten.

### **Unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre:**

- Dem Klüngel und Posten Geschacher innerhalb des Kreises muss Einhalt geboten werden!  
  
Die regierende Koalition aus CDU und SPD benutzte den Hochtaunuskreis in den letzten fünf Jahren immer häufiger als Selbstbedienungsladen! Hochdotierte Stellen werden häufig ohne Ausschreibung mit treuen Parteimitgliedern besetzt. Diese Geldverschwendung muss der Steuerzahler tragen. Das muss beendet werden!
- Der Hochtaunuskreis gehört zu den reichsten Landkreisen in Deutschland. Trotz erhöhter Steuereinnahmen auf Grund einer bis auf den letzten Punkt ausgereizten Kreisumlage (Höchstsatz), schafft es die Koalition aus CDU und SPD nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Unnütze Beteiligungen an Gesellschaften, deren Aufgaben wesentlich kostengünstiger von privaten Unternehmen geleistet werden könnten, sowie der Kauf eines maroden und defizitären Krankenhauses in Königstein führen zu einer weiteren Belastung des Kreishaushaltes und zu einem Schuldenanstieg von über **710** Millionen Euro.
- Der Kreis besteht aus 13 Städten und Gemeinden. Vordertaunus und Usinger Land gehören zusammen. Traditionen und Eigenentwicklung sollten dennoch erhalten bleiben. Der Kreis muss endlich seiner Aufgabe als ausgleichende Institution für alle Kommunen nachkommen und Ungleichheiten z.B. in der Verkehrsanbindung, Bildung und Kommunikation (Internetverbindung) abbauen. Die regierende CDU/SPD-Koalition im Hochtaunuskreis hat den Ausbau des schnellen Internets für alle Kommunen verschlafen. Dies führt zu einer erheblichen infrastrukturellen Benachteiligung, vor allem auch der im Usinger Land ansässigen Firmen. Dies wollen wir nicht akzeptieren. Wir fordern weiterhin den flächendeckenden Ausbau des Breitbandkabelnetzes mit mindestens 50 Mbit/pro Sec.
- Bildung und Ausbildung gehören zu den wichtigsten Rohstoffen, über die wir im Kreis verfügen. Unsere Schulen sind modern und innovativ. Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen bilden eine Einheit. Unsere Schulen sollten zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Das Land muss die Städte und Gemeinden finanziell in die Lage versetzen Kindergartenplätze kostenfrei

anbieten zu können, damit durch verschiedene Gebührensätze keine Ungleichheiten im Kreis entstehen.

- Bei der Bildung steht für uns die Funktionalität des Gebäudes im Vordergrund und nicht die Aussicht auf einen architektonischen Prunkbau. Für die Vermittlung des Lehrstoffes benötigt man eine gute Ausstattung und keine Gebäude als Vorzeigeobjekt in der Schullandschaft. Die Kosten für die Errichtung von neuen Schulgebäuden müssen erheblich reduziert werden, mit den Geldern besser gehaushaltet werden, damit eine stetig laufende, sachgerechte Unterhaltung möglich ist. Investitionen in eine gute Bildung, Ausbildung und Betreuung sind uns wichtig, die Planungen für neue Schulbauten müssen sich aber enger an den wirklichen Bedürfnissen der Schüler und Lehrer orientieren.
- Die FWG-Hochtaunus tritt für eine gute und vernünftige Verkehrserschließung im gesamten Kreisgebiet ein. Der Hochtaunuskreis muss endlich die Nadelöhre an den Verkehrsknoten und Engpässen der PPR-Kreuzung in Bad Homburg und am Königsteiner Kreisel (B8) lösen. Hierzu gilt es mit allen Betroffenen Gespräche zu führen und endlich in offene und transparente Diskussion miteinander, statt gegeneinander, einzusteigen. Der öffentliche Personen-Nahverkehr ist so auszubauen, dass alle Teile des Kreises zeitnah und flexibel erreichbar sind. Hier ist ganz besonders an die Kommunen zu denken, die nicht direkt an der Taunusbahn liegen.
- Sparsamer Umgang mit Energie ist – sowohl nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten - das Gebot der Stunde. Bei öffentlichen Gebäuden muss der Kreis mit gutem Beispiel vorangehen. Für die Gebäude und Liegenschaften des Kreises ist generell ein Öko-Audit zu erstellen und regelmäßig fort zu führen. Der Hochtaunuskreis ist trotz seiner Nähe zum Ballungsraum Rhein-Main reich an Natur. Der Schutz unserer Natur und eine schonende, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen muss auch in Zukunft gewahrt werden. Diese Nähe zusammen mit Landschaft und Natur macht das besondere Flair des Hochtaunuskreises aus und darf nicht durch eine zu exzessive Siedlungspolitik zerstört werden.
- Eine gerechte Verteilung der Einnahmen und Belastungen sorgt dafür, dass die Städte und Gemeinden des Kreises Luft zum Atmen haben. Die Kreis- und Schulumlage kann nicht mehr erhöht werden. Der Kreis darf die Städte und Gemeinden nicht durch heimliche Umlagen belasten; vielmehr muss sich die Hochtaunus-Politik zur selben Sparsamkeit verpflichten, die sie als Aufsichtsbehörde bei den Städten und Gemeinden einfordert. Daher stehen wir für den Verzicht auf den derzeitigen Posten eines hauptamtlichen 3. Beigeordneten und Überprüfung der kreiseigenen Gesellschaften mit ihren Geschäftsführern auf deren Notwendigkeit.
- Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung stellt die Städte und Gemeinden vor kritische Aufgaben. Der Hochtaunuskreis hatte und hat hierbei nichts zu entscheiden,

allerdings gehört die Integration der Flüchtlinge, die nun einmal hier sind zu den selbstverständlichen Aufgaben der Kommunen. Die FWG-Hochtaunus steht für gemeinsame Grundwerte aller Bürgerinnen und Bürger und ist gegen Ausgrenzung und gegen Entwicklung von Parallelgesellschaften und für die weitest möglich dezentrale Unterbringung der Menschen. Die derzeitigen Flüchtlingsströme stellen allerdings die politischen Verantwortlichen vor neue Herausforderungen. Die Ängste der Bürger und ihr zunehmendes Gefühl von Unsicherheit erschweren ein Aufeinander-Zugehen. Dies muss ernst genommen werden. Eine Verharmlosung der Probleme, die aus einem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Sprache entstehen, können wir uns nicht leisten. Hier sind für die große Anzahl von Flüchtlingen, personelle Aufstockungen in allen Bereichen, die davon betroffen sind, nötig.

### **Konkret:**

#### Schulen

Der Kreis ist Schulträger, das heißt für die Errichtung und Unterhaltung von Gebäuden für die öffentlichen Schulen verantwortlich. Das ehrgeizige Schulbauprogramm hat den Kreis an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit geführt. „Nur das Beste ist für unsere Kinder gut genug“, lautete der Spruch, dem sich auch die FWG-Hochtaunus nicht verschließen wollte. Wie aber kann es zum Besten der Kinder sein, wenn sie auf einem wachsenden Schuldenberg sitzenbleiben? Welche Spielräume bleiben für die Unterhaltung der „stolzen“ Neubauten? Was bedeutet es, langlebige Schulgebäude zu errichten, wenn deren Innenleben mangels hausmeisterlicher Betreuung verrottet, Toiletten verschmutzt, Tafeln kaum noch benutzbar sind?

Die FWG-Hochtaunus fordert, dass Erhaltung und Renovierung nun Vorrang haben müssen vor aufwändigen Neubauten. Neue Gebäude müssen auf langfristige Nutzung angelegt sein. Leerstände in Altbauten sind zu vermeiden. Es ist besser, dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen schneller umzusetzen, als Kindern und Lehrern den Schimmelgeruch undichter Container zuzumuten. Unterrichtsstunden, die Schülern durch Schäden in renovierungsbedürftigen Einrichtungen entgehen, sind vertane Lebenschancen.

Jede Schule muss wieder einen eigenen Hausmeister bekommen. Die Schulen sollten mit den Hausmeistern entscheiden, ob sie vom Kreis organisierte Putzkolonnen oder selbst engagiertes heimisches Reinigungspersonal einsetzen wollen.

#### Gesundheit

Die neuen Krankenhäuser in Bad Homburg und Usingen müssen ohne Belastung des Kreishaushalts geführt werden. Sollte dies nicht möglich sein, sind Kooperationen mit anderen öffentlichen Krankenhäusern oder privaten Krankenhausbetreibern anzustreben.

Ambulante Pflege und hauswirtschaftliche Dienste sind kreisweit zu sichern. Alte Menschen sollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und dort betreut werden.

### Soziales

Es sollte im Hochtaunuskreis bezahlbaren Wohnraum geben für die Menschen, die mit einem niedrigen Einkommen auskommen müssen, besonders für kinderreiche Familien.

Eine ausgewogene Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Herkunft, Geschlecht und Beruf macht das Zusammenleben der Menschen im Hochtaunuskreis einfacher und sichert Wachstum und Arbeitsplätze. Qualifizierte Arbeitskräfte am Ort sind ein entscheidender Standortvorteil genauso wie die zur Verfügung Stellung ausreichender kreisweiter Ausbildungsplätze für unsere Jugend.

Beitragsfreie Kindergartenplätze sind kreisweit anzustreben. Hier ist das Land Hessen in die Verantwortung zu nehmen.

### Sport, Freizeit, Ehrenamt

Vereine, die Jugendarbeit und dadurch Integration betreiben, müssen stärker unterstützt werden, denn ein gutes ehrenamtliches Engagement erspart Kosten, die der Kreis und die Kommunen sonst für Betreuungsmaßnahmen aufwenden muss. Vereinssport in Sporthallen des Kreises sollte grundsätzlich gebührenfrei sein.

### Verkehr

Wir fordern einen attraktiven Nahverkehr auch abseits der Schienenstränge innerhalb unseres Kreises.

Die verkehrliche Verbindung des Südens mit dem Norden des Kreises über die Saalburgchaussee, ebenso wie über den Königsteiner Kreisel (B8), sind uns wichtiger denn je. Wir glauben nicht an eine rasche Tunnel- oder Brückenlösung am Verkehrsengpass PPR-Kreuzung. Deswegen plädieren wir schon seit langem für eine kreative Sofortlösung in Form einer Wechselspuranlage, die während des Berufsverkehrs zwischen Berg- und Talfahrt umgeschaltet werden kann und außerhalb des Kreises Stellen erfolgreich erprobt ist.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr im Usinger Land fordert die FWG-Hochtaunus die stärkere Berücksichtigung regionaler Unternehmen. Eine verbesserte Schulung der Busfahrer und eine an die verschiedenen Gegebenheiten in unserem Kreis angepasste Ausstattung der Busse muss in die Verträge mit den Verkehrsgesellschaften einfließen.

### Energieversorgung

Der Hochtaunuskreis sollte in allen seinen Einrichtungen, in denen das möglich ist, erneuerbare Energien nutzen. Hier fordert die FWG-Hochtaunus regionale Lösungen mit der Möglichkeit der Wertschöpfung für die Städte und Gemeinden. Die FWG-Hochtaunus spricht sich für eine ökologische Energiegewinnung, wo dies auch ökonomisch Sinn macht, aus.

### Land- und Forstwirtschaft

Der weitere Verbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen für Bauzwecke ist zu vermeiden. Stattdessen müssen vorhandene Baulücken intelligent genutzt werden. Innerörtliche Verdichtung geht vor Zersiedlung der freien Landschaft.

Wir wollen Maßnahmen unterstützen, die den Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und als Erholungsraum für die Menschen schützen und erhalten, dabei spielt der Naturpark Hochtaunus eine herausragende Rolle.

### Kommunikation

Es darf keine digitale Spaltung zwischen den einzelnen Kommunen im Kreisgebiet geben. Alle sollen Zugang zu leistungsfähigen Breitbandnetzen haben. Wenn private Anbieter das nicht leisten können oder wollen, ist der Kreis in der Pflicht! Problemloser Zugang zum Internet ist heute ein entscheidendes Kriterium für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kreises und gehört zur Daseinsvorsorge wie Wasser und Strom. Viele Kreise haben dies schon organisiert – die Politik im Hochtaunuskreis schafft dies nicht.

### Kultur

Der Hochtaunuskreis ist bekannt für die Vielfalt und Qualität seiner kulturellen Angebote für alle Menschen. Deshalb sollte es zu einem sinnvollen Miteinander kommen. Dabei ist es nicht nachzuvollziehen, warum der Hochtaunuskreis sich an der Finanzierung des kulturellen Angebots im Rhein-Main-Gebiet mit Kreismitteln beteiligt, da ja auch umgekehrt die Stadt Frankfurt - oder benachbarte Kreise und Kommunen - das kulturelle Angebot im Hochtaunuskreis nicht mitfinanzieren.

### Tourismus

Der Kreis kann dazu beitragen, den Taunus zu einem überregionalen touristischen Begriff zu machen. Die Errichtung des Tourismuszentrums in Oberursel war ein richtiger Schritt in diese Richtung.

### Finanzen und Verwaltung

Einnahmen und Ausgaben klaffen im Kreishaushalt immer weiter auseinander. Die Spielräume für Entscheidungen sind eng geworden. Der Haushalt 2016 des Kreises weist einen Fehlbetrag von über 14 Millionen Euro auf. Nur auf Grund der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre, und der damit einhergehenden höheren Steuereinnahmen, ist das Defizit nicht dramatisch höher.

Dadurch und durch die Anhebung der Kreisumlage, die zwangsweise von allen Städten und Gemeinden eingetrieben wird, auf den Höchstsatz von 58% Punkten kann der Kreis die wirtschaftliche Lage einigermaßen ordentlich darstellen, nicht durch eigene clevere Haushaltswirtschaft. Dennoch schaffen es die Verantwortlichen aus CDU und SPD seit Jahren nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Schulden belaufen sich derzeit auf über **710** Millionen Euro und steigen weiter dramatisch auf eine Milliarde Euro Schulden zu!

Statt zu sparen, gründet die Koalition aus CDU und SPD ständig neue Gesellschaften, deren Zweck fragwürdig sind (z. B. „Infrastrukturgesellschaft“). Auch gibt es zuviele Beteiligungen an externen Gesellschaften, die nachweislich unwirtschaftlich sind. Offensichtlich ist, dass führende Positionen häufig ohne Ausschreibung mit Parteimitgliedern, die „versorgt“ werden müssen, besetzt werden. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik der CDU/SPD-Regierung und kostet den Steuerzahler viel Geld! Wir treten an, diese Misswirtschaft zu beenden.

Auch werden die Folgen des deutlich überdimensionierten Schulbauprogramms und der angegliederten Betreuungszentren spürbar, mit denen der Hochtaunuskreis Erwartungen geweckt hat, die er nicht decken kann. Die FWG-Hochtaunus fordert: Konsolidierung des Haushalts, sparsames Wirtschaften in allen Bereichen, Senkung des Anspruchsniveaus bei allen Neubauten, Veräußerung von kostspieligen kreiseigenen Gesellschaften, wenn diese nicht wirtschaftlich zu führen sind.

Keine zusätzliche Belastung durch den Kreis für die Städte und Gemeinden durch finanzielle Beteiligung an Maßnahmen, die der Kreis alleine finanzieren müsste. Hier ist das Konnexitätsprinzip anzuwenden.